

# Neues Sachsen Zeitung

1912. Nr. 205. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

**Zweite Ausgabe**  
Mittwoch, 1. Mai 1912.  
Anzeigengebühren für die sechsgetragene Monatszeile oder deren Raum für Halle u. den Gauleis 20 Hg., andernorts 30 Hg. — Bekanntmachung des redaktionellen Zeils die Seite 100 Hg. — Einzelnummern bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen Vorannahmen in den Provinzen.  
Geldabnahme bei Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 155 u. 156; Neblationsstraße 1272. Verleger: Dr. Walter Gebelichen in Halle a. S.  
Geldabnahme in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Scharfstr. Nr. 8290. Druck und Verlag von C. F. Zühlke in Halle a. S.

## Eine Rede des österreichischen Ministers des Aeußeren, Grafen Berchtold, über die internationale Lage.

Die ungarische Delegation trat am Dienstag vormittag in Wien zusammen. Vizepräsident Graf Rády widmete dem Grafen Berchtold einen Ehrenpandenen Reduz. Dann legte Minister des Aeußeren Graf Berchtold ein sechsmonatliches Budgetprovisorium vor, welches dem Vizepräsidenten übergeben wurde, der sofort nach der Plenarsitzung zur Beratung des Provisoriums zusammentrat. Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses erläuterte der Minister des Aeußeren sein Epöfe, welches sehr beifällig aufgenommen wurde und in dem es u. a. heißt:

In den letzten Dezemberlagen des abgelaufenen Jahres hat mein vortrefflicher obererster Vizepräsident in kurzen Worten ein Bild der internationalen Lage, wie sie sich demnach entwickelt hat, vor Ihnen entworfen. Im Geiste jener Kontinuität, welche die Grundlage jeder gebunden Außenpolitik zu bilden hat, wird diese Orientierung auch weiterhin zur Richtschnur dienen. Die Bande, welche uns mit den alliierten Mächten verknüpfen, sollen möglichst festhalten, die Beziehungen, die wir zu den Freunden der Entente unterhalten, ausgefaltet und erweitert werden. Dem Druck und wollen wir treu bleiben, treu seinem Wortlaut, treu seinem Geiste, treu namentlich auch seiner erhabenen Friedensliebe. Innerhalb des Dreiecks steht unser Verhältnis zum Deutschen Reich unentworfelt im Zeichen innigen Einvernehmens. Im Laufe jahrelanger Zusammengehens und Zusammenhaltens zur Ausdehnung eines innigen Solidaritätsbundes, besteht es in dem unterbrechlichen Freundschaftsverhältnis der beiden Monarchen seine höchste Weite. Die fürstliche Anwesenheit des Kaisers Wilhelm in Schönbrunn als Gast unseres Kaisers hat diese glückliche Tatsache wiederum in Erinnerung treten lassen und den verbindlichen Beziehungen Gelegenheit gegeben, das an sich eingemurtele Verhältnis geräuhelt und noch weiterzuentwickeln. Einzigartig einflussvolle außenpolitische Wirken der zwei Zentralmächte neubehalten zu befestigen und zu befräftigen. In gleicher Weise tragen unsere Beziehungen zu Italien ununterbrochen den Stempel des engen Bundesverhältnisses. Der langwierige Waffenkampf, in welchem unser Vorkämpfer engagiert ist, hat beharrlichste bis her noch keinen Aufschlag gefunden. Wir haben den lebhaftesten Wunsch, daß dem Widerstreit ein baldiges Ende bereitet werde. In dieser Intention sind wir nach wie vor bereit, im Rahmen der von uns beobachteten Neutralität jeder Aktion beizutreten, welche geeignet erschiene, einen betriebenden Ausgleich herbeizuföhren.

Einem langjährigen Wille soll unser Verhältnis zu Rußland treuhaftig werden. Diese in Wien in St. Petersburg erhaltenen Intentionen sind auch in den jüngsten von Herrn Sazonow in der Reichsduma abgegebenen Erklärungen prägnant gekennzeichnet worden. Wir können von dem einflussreichen Ausführungen des russischen Ministers des Aeußeren mit Verechtigung sich nehmen und hoffen, daß die weitere freundschaftliche Ausgestaltung des wechselseitigen Verhältnisses gegeben erschiene. In dem erfreulichen Anlaufe, daß keine Interessengegenstände zwischen uns und Rußland bestehen, finden die ausnehmend guten Beziehungen, welche wir mit Frankreich unterhalten, ihre besten und besten Ausfaltung. Mit England und Westindien die Substantien guten Beziehungen zu pflegen, wird unter ehelichen Bestreben sein. Wir wollen hoffen, daß die Verhandlungen, die sich für die Politik Österreich-Ungarns und Westindien ergeben, den beiderseitigen Interessen entsprechen, in der Zukunft hier wie dort stets richtig erkannt und erfolgreich gemacht werden mögen.

Am Vordergrund des Interesses für die auswärtige Politik Österreich-Ungarns steht selbstverständlich unser Verhältnis zu Türkei. Es ist ein Axiom unserer Politik gewesen, freundschaftliche Beziehungen zum türkischen Reich zu unterhalten. Diese Politik ist auch heute noch maß und richtungsgemäß für unser Verhältnis zu hohen Porte. Einen treuen Mitarbeiter an dem diplomatischen Wirken zur Erhaltung des Friedens im nahen Osten besitzen wir in dem Königreich Rumänien. Inner Streben wird dahin gehen, das bestehende Verhältnis zum Nachbarstaate nach besten Kräften zu fördern und zu verfestigen. Maßvolle Interesse in an guten Beziehungen zu den Balkanstaaten haben, bedarf wohl keiner besonderen Begründung. Es genügt uns auch zur besonders Verzeichnung, zur weiteren Ausgestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit Bulgarien beigetragen zu haben. Bei der Konvention mit Bulgarien würde sich dann der derzeit erst in Aussicht genommene Handelsvertrag mit Griechenland reihen. Von der Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu diesen Staaten läßt sich ebenfalls ein günstiger Ausblick erwarten auf unsere politischen Beziehungen zu denselben erwarten.

Wenn ich dem hinzufragen kann, daß wir auch mit allen anderen europäischen und außereuropäischen Staatswesen freundschaftliche Beziehungen pflegen, so kommt diesem Umfange bei der hohen Entwicklungslage unseres Außenhandels und den meisten Zielen, die sich derzeit gestellt hat, besondere Bedeutung zu. Am Vordergrund der Diskussion befindet sich noch immer das schwierige Problem, eine Grundlage für die Wendung des italienisch-türkischen Konflikts zu finden. Die Verbindung mit meinem Vorgänger diesesfalls ausgegangene Ansetzung hat die prinzipielle Gelegenheit der fünf nächsten Großmächte festgelegt, an einer gemeinsamen Friedenskonferenz teilzunehmen. Diese Gelegenheit ist in konkreter Form in dem kürzlich auf Initiative des St. Petersburger Kabinetts erfolgten Mediationsversuche der neutralen Mächde zum Ausdruck gekommen, welcher in Rom wie in Konstantinopel freundschaftliche Maßnahmen gefunden hat. Es läßt sich die Hoffnung nicht ab-

weisen, daß es den fortgesetzten Bemühungen der Mächte gelingen werde, schließlich eine für beide Teile annehmbare Lösung zu finden. Die Ausdehnung der italienischen Flottenaktion auf das Ägäische Meer und die damit im Zusammenhang stehende Abberung der Dardanellen durch die türkische Regierung hat in jüngster Zeit der öffentlichen Meinung nicht wenig Stoff zu Erörterungen gegeben. Wir wollen uns der Ansichtung nicht verschließen, daß die an diese Belegtergebnisse des italienisch-türkischen Konflikts getnüpften Beforgnisse einer gewissen Berechtigung nicht entbehren. Die selber fortgesetzte Fühlungnahme mit dem vortrefflichen Sabinetti gibt mir begründeten Anlaß zur überzeitlichen Annahme, daß seitens Italiens keine Verhinderung der Ruhe auf der Balkanhalbinsel, geföhrt, denn eine Verhinderung der Beifügung der Türkei zum Balkan zu beforogen steht. Was aber die Dardanellenfrage angeht, haben wir uns angelegen sein lassen, die Aufmerksamkeit der hohen Porte in freundschaftlicher Weise auf die nachteilige Mitwirkung der erachteten Maßnahme auf unsere Schifffahrt zu lenken und die Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die fragliche Verfügung, sobald keine immutabile Gründe für die Dardanellen mehr vorhanden sein wird, aufgehoben werde. Wir haben hierbei sicherstellen können, daß die hohe Porte sich mit der Absicht trage, sobald die Umstände es erlauben werden, sofort Vorkehrungen wegen Freigabe der Durchfahrt zu treffen.

Durch die am 30. März d. J. in Sez erfolgte Interzessionung des französisch-marokkanischen Protokollsvertrages ist die Stellung Frankreichs zum spanischen Reich unter Vorbehalt einer dem Königreich Spanien zu referierenden Zone und der Stadt Tangier zu gewährenden internationalen Sonderstellung endgültig fixiert worden. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die unfernen Handel und unfernen Unternehmungen in Marokko verbürgten Rechte auch unter dem Protokollsregime vollständig zur Anwendung gelangen.

Die letzten Ereignisse in China haben wir mit Aufmerksamkeit verfolgt. In der Frage der Anerkennung der Republik stehen wir in Fühlung mit den anderen Mächten und ein einheitliches Vorgehen besteht in der übrigen sind wir darauf bedacht, unsere Interessen, die in China rein wirtschaftlicher Natur sind, zu wahren.

Es wäre somit das Gesamtbild, welches ich von unserer außenpolitischen Lage entwerfen kann, im allgemeinen kein unangenehmes. Am jedoch desbezüglichen keine Illusionen aufkommen zu lassen, dürfen wir die nachstehenden Bedingungen nicht außer Acht lassen, die sich in dem Systeme der internationalen Beziehungen in der jüngsten Zeitperiode geltend gemacht haben. Während bis zur Wende des 19. Jahrhunderts die durch Bildung des Dreiecks inauquiert gewesene Mächtegruppierung als eine einfach und klar wahrnehmbare Konfiguration erschien, ist seither vielfache des Abnehmens Englands und Wang der Zentralisolation, des Eintritts Japans in ein europäisches Allianzverhältnis, des russisch-japanischen Ausgleichsvertrages — und last not least — der Festlegung weitgehender Interessensphären in Asien seitens europäischer Mächte ein dichter, vielfaches Netz von Ueber-einkommen und Verbindungen zwischen Mächten gleicher und verschiedener Art entstanden, was die internationale Situation notabeweihrerweife wesentlich kompliziert.

Unsere Politik ist eine Politik der Stabilität und des Friedens. Wir verfolgen keine Umlinierungs-, keine aggressiven Tendenzen, keine Expansionen. Wir sind aber geographisch inmitten von Weltmächten gestellt, die ihre Nachbarn unaufhaltsam verdrängen. Um untere Friedensliebe nicht zu verlieren, sind wir darauf angewiesen, mit der Ausgestaltung unserer Arme und unferer Flotte hinter den zeitgemäßen Anforderungen des Kriegswesens nicht zurückzubleiben. Ich möchte auch heute der Hoffnung Raum geben, daß Sie nebst dem auswärtigen Abgeordneten den dringenden Ansprüchen der Kriegsvorbereitung Ihre verständnisvolle Unterstützung entgegenbringen werden.

Gestern erklärte der Kriegsminister Freiherr v. Aulendorf, daß ein auf die Lösung der Verunsicherung unteroffiziersfrage beugliches Operat den beiden Regierungen bereits zugegangen und von ihnen als zutreffend abgelehrt sei. Die Vorlage dürfte wesentlich dazu beitragen, einerseits das Prinzip der zweiwertigen Dienstzeit soweit wie möglich zur Geltung zu bringen, andererseits werde sie auch von wohlthätigen sozialpolitischen Folgen, speziell bezüglich des Auswanderungswesens, begleitet sein. Er, der Kriegsminister, habe dadurch dokumentiert, daß es ihm um das Zustandekommen der Wehreform stets zu tun gewesen und noch zu tun sei.

## Die Lage in Marokko.

Der Belagerungszustand über Sez und die Vorbehalte Deutschlands, Oesterreichs und Spaniens. Die „Agenzia Reola“ des Agence France die Verändingung des Belagerungszustandes wurde hier am 25. April abends bekannt. Mehrere auswärtige Konsuln formulierten bezüglich der ihnen durch die Verträge eingeräumten Jurisdiktionsrechte Vorbehalte; diese Konsuln sind der deutsche, österreichische und spanische.

Eine Proklamation Madsch Sebids an die Truppen. Wie aus Sez vom 29. April gemeldet wird, hat eine von Sultan ernannte Delegation, der insbesondere der Großwesir angehört, den Truppen, die gemuert haben, eine Proklamation Madsch Sebids bezogen, in welcher der Sultan den Aufstand mißbilligt und dringend auf die Notwendigkeit einer Vereingung und eines Abkommens mit Frankreich hinweist. Der Sultan wurde durch Gohzeu gefeiert. Den zurückgebliebenen Truppen wird dieselbe Proklamation heute verlesen werden.

Das Protokoll. — Spanien protestiert. Wie offiziös aus Paris mitgeteilt wird, bereitet Ministerpräsident Poincaré einen neuen eingehenden Ertrag über die

Errichtung des marokkanischen Protokolls vor, der bereits in den nächsten Tagen erschiene soll. General Klauter dürfte im Laufe der nächsten Woche nach Tanger abreisen und wird sich von dort, von einer starken militärischen Eskorte begleitet, unmittelbar nach Sez begeben, wo sein Einzug unter befehligen Beifolgschaften stattfinden soll.

Ueber die geplante Ernennung Marokkos wird weiter offiziös aus Paris gemeldet: Dem Generalkonsul werde außer dem mit Verwaltungsangelegenheiten betrauten Geschäftsführer noch ein Stellvertreter beigegeben werden, welcher während der Abwesenheit mit der Leitung der Generalkonsulatsgeschäfte betraut wird. Diese Stellung wird einem Diplomaten übertragen werden. Wie in Paris wird der Generalkonsul auch in Marokko das Amt des Ministers des Aeußeren des Sultan ausüben.

Aus Madrid wird demgegenüber gemeldet: Die Presse erörtert in scharfer Weise die Mitteilung des französischen Geschäftsträgers in Tanger, wonach die Befugnisse des französischen Konsuls nunmehr dem Generalkonsul übertragen werden. Einzelne Blätter erklären: Die beste Antwort darauf wäre eine unverzügliche Freigabe von Azila und Tlemcen. Der „Imperial“ will wissen, daß der spanische Minister des Aeußeren in dieser Angelegenheit bei allen in Marokko interessierten Mächten entsprechende Schritte unternehmen möchte. Es heißt, daß die spanische Regierung in ihrer Antwort auf diese Mitteilung des französischen Geschäftsträgers, in welcher sie eine willfährige Anomie erklärt, wahrscheinlich Worte behalte machen werde.

## Angriff auf spanische Soldaten. — Französische Schiffe nach Marokko.

Nach einer Meldung aus Melilla haben eingeborene Soldaten eine Abteilung Spanier angegriffen und einen Korporal und einen Soldaten getötet. Freugebliebene Truppen der Eingeborenen verfolgten die Angreifer und verwundeten drei.

Nach einer Wittermeldung aus St. Nazaire sollen die französischen Kreuzer „Gloire“ und „Gond“ sowie fünf Torpedobootszerföhler nach Marokko abgegangen sein.

## Deutsches Reich.

Der preussische Kriegsminister zur Duelle. In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages am gestrigen Dienstag führte der Kriegsminister, wie in Ergänzung unferer telegraphischen Berichtes in Nr. 202 der „Sachsen Zeitung“ mitgeteilt ist, weiter das folgende aus: Des Ehrengeleit der Sanitätsoffiziere der 15. Division hatte Sambeth wegen Verletzung der Standesbehr beurteilt und schließlich Abschied vorgeschlagen. Eine Allerhöchste Ordre lehnt dem entgegen die Befestigung des Spruches ab und betont in bestimmter Form, daß eine Duelleverweigerung aus religiösen Gründen nicht Gegenstand einer ehrengerichtlichen Unterurteilung sein könne, d. h. mit anderen Worten, daß hier überhaupt keine in ehrenhafte Handlung vorliege. — Sambeth brachte sich jedoch mit seiner Begründung der Duelleverweigerung in Gegensatz mit seinen Standesgenossen. Seine Auffassung — und die meinte ich bei meiner Erwiderung — gebietet darin, daß der Zwiespalt mit einem Wechsler absehen, in Anbacht auf die göttlichen Gebote, menschlichen Gesetze, löbliche Sitten der Menschheit, seine Stellung als Familienoberhaupt und die Sozialstatuten-unfähigkeit seines Gegners. Für die letztere Behauptung konnte er nichts als dessen angeblich schlechte finanzielle Verhältnisse anführen. — Wenn eine Allerhöchste Ordre Sambeth zur Einreichung seines Abschiedsgesuches veranlaßt hat, so stellte sie damit keinen neuen Grundab auf, sondern hat das vertreten, was in der deutschen Armee von jeher gebräuchlich hat und noch herrscht, und das bei den zahlreichen Duellebeurteilungen im Reichstage in den Erklärungen meiner Vorgänger stets Ausdruck gefunden hat. Danach steht die Duelleverweigerung in einem so scharfen Widerspruch zu dem in der Armee und in weiten Kreisen darüber hinaus täglchlich herrschenden Anschauungen über die Wiederherstellung der verletzten Ehre, daß die Offiziere, die im gegebenen Falle den Zwiespalt verweigern, in einen Gegensatz zu den Grundüberzeugungen ihrer Kameraden gelangen, der nicht ertragen werden kann. Trotzdem sehe auch ich den Zwiespalt als ein Uebel an und werde, wie bisher, mit allen Mitteln, die in meiner Einwirkungsbereich liegen, um dies meine Pflicht als Kriegsminister ist. Eine gemäßigtere Beteiligung ist aber nicht möglich. Die Allerhöchste Ordre vom 1. Januar weist einen praktischen Weg, das Uebel nach Möglichkeit einzuschränken. Anzulegen ist daselbe wegen wichtiger Ursachen aus der Armee überhaupt verschwinden. Ein voller Erfolg wird aber erit möglich sein, wesentlich bei Zusammenföhren zwischen Mitglieder der Arme und Personen außerhalb derselben, wenn durch eine Aenderung der Gesetgebung der Schutz der persönlichen Ehre wesentlich verfestigt worden sein wird. — Die Duellefrage — nämlich die schwersten ethischen Konflikte in sich. Sie kann nicht furerbend durch Gesetze gelöst werden. Dies ist auch von grundsätzlichen Gegnern des Duells, wenn auch befangen, so doch zugegeben worden. Freer

Reifung näher kann sie nur auf dem praktischen Wege ge-  
führt werden, denn die Armee seit dem Jahre 1897 ein-  
geschlagen hat. — Nach kurzer Debatte beschloß die Kom-  
mission, in die Behandlung der Duellfrage erst dann ein-  
zutreten, wenn die Erklärung des Ministers gebüht vor-  
liegt.

**Die Behörzungen in der Budgetkommission.** Am  
Schluß der geistigen Beratung der Budgetkommission er-  
klärte der Kriegsminister gegenüber einer von einem  
nationalliberalen Kommissionsmitglied angeregten Bildung  
einer Ersatzreserve, daß, nach Abgehen von dem  
Stoßpunkte, er die Wiederaufnahme einer derartigen  
Organisation auch aus militärischen Gründen nicht für an-  
gezeigt halte.

**Der Kaiser und die Sicherheit an Bord der Seebahnen.**  
Nach einer Meldung aus Hamburg begeben sich Staats-  
rat Dr. v. Bismarck, der Vorsitzende der Seebahngesellschaft Richard  
E. Kraemann, ein Professor Vogel, Kapitän Politz und  
Direktor v. Schum in 17. Mai nach Westerland, um dem Kaiser  
Vortrag über die Sicherheitsvorkehrungen an Bord der deutschen  
Passagierdampfer, insbesondere auch an Bord des neuen Riesen-  
dampfers „Imperator“, zu halten.

**Die gesetzliche Regelung der Hülseiligkeit in Genot.**  
Dem Reichstage ist bekanntlich ein Gesetzentwurf über den  
Hilseiligkeit von Schiffen sowie über die Vergütung und  
Hülseiligkeit in Genot zugegangen. Durch den Entwurf  
werden die Bestimmungen des deutschen Rechts mit den  
beiden internationalen Übereinkommen über den Zu-  
sammenstoß von Schiffen, denen der Reichstag am  
31. Mai 1911 genehmigt hat, in Einklang gebracht. Zu  
diesem Zweck ist eine Änderung der Paragraphen 734  
bis 736 des bürgerlichen Gesetzbuches notwendig.  
Danach wird künftighin, wenn ein Schiff  
unfallt, durch Zufall oder höhere Gewalt  
verursacht wurde oder Ungeheuer über seine Ursache berichtet,  
sein Schaden erlitten ist, erlitten werden müssen. Ver-  
schäden eines Schiffes dagegen verschifft seinen  
Besitzer zum Schaden derer, bei gemeinsamen  
Verstößen bedingt die Schwere des Verschuldens den  
Grad der Verschuldung zum Grad.

**Aut. Korf. Der Kronprinz von Sachsen** ist in  
Begleitung des Generalmajors von Carlows auf Korf  
eingetroffen. Der Kronprinz war zur geistigen Frühstücks-  
tafel im Adlonien geladen.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.  
Sitzung vom 30. April 1912.

Am Ministertische Minister des Innern v. Dallwitz.  
Präsident Frhr. v. Cotta eröffnete die Sitzung um 11 Uhr  
15 Minuten.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern  
wurde dem Kapitel „Verwaltungsmittel“ fortgesetzt.

**Abg. Eberhard (Kons.).** Den Landräten etwas am Zeuge zu  
stehen gilt in liberaler Sinne immer als eine gute Tat. (Heiterkeit.)  
Die von der linken Seite des Hauses erhobenen Beschwerden  
über die Übergriffe der Landräte sind unbegründet; insbesondere  
sind von den Klagen über missbräuchlich Anwendung des Ver-  
eignisses von 25 Rollen 20 übertrieben. (Heiterkeit.) Neben-  
bei hinsichtlich auf die gegen den Landrat v. Engelmann  
erhobenen Beschwerden ein und erregte wiederholt die  
große Anteilnahme des Hauses, indem er hinsichtlich der Kritik des  
Herrn v. Engelmann fortwährend unterrichtet zwischen dem Land-  
rat und dem Staatsbürger v. Engelmann.

**Abg. Lambor (Freiw.).** Ich möchte warnen vor den Trüben  
münder Kontrollen. Die sozialdemokratischen Wahlkon-  
trollen können es häufig nicht sowohl darauf an, die Wahl-  
handlung zu kontrollieren, als vielmehr Wahlpromis zu kon-  
struieren. Die Sozialdemokraten machen sich oft über mich, natürlich  
dieswegen außer dem Hause. (Heiterkeit.)

**Abg. Frhr. v. Wolff-Meternich (Str.).** Die steuerliche Be-  
lastung der Landgemeinden hat eine gefährliche Höhe erreicht. Die  
Landräte sollten diese Belastung abmildern. Die Bürger-  
meister werden wieder als Staatsbeamte angesehen. Die Steuer-  
arbeit nicht in erschöpfender Weise zu. Die Landräte haben oft  
zu viel Initiative und drängen Kreise und Gemeinden zu ge-  
wagten Verkehrsunternehmen. Über das Geschäftsbereich  
der Kreisparassen wird von den Gemeindeparsassen lebhaft  
Klage geführt. In der heutigen, so reich mit Steuern besetzten  
Zeit, können Landräte und Ausschüsse eigenständig nicht  
besseres tun, als wenn sie es so früher belasteten Landgemeinden  
vor Augen und neuen Steuerlasten schützten. (Beifall im  
Zentrum.)

**Abg. Auzanast (Voll.)** führte Bekämpfer über die Desam-  
tierung der politischen Mitglieder der Schöngallie in Dränium.  
Politische Jugendvereine werden istantiert, und selbst politische  
Schichten und Begräbnisse werden von der Polizei in handlicher  
Weise belästigt.

Minister des Innern v. Dallwitz: Der Herr Redner hat nicht die  
Güte gehabt, mich von den Dingen, die er hier vorgebracht hat,  
vorher in Kenntnis zu setzen. Daher ist es mir nicht möglich,  
auf die einzelnen Fälle einzugehen. Was den Fall aus Schrimm be-  
trifft, so steht die Aufsicht über die Schöngallie dem Magistrat zu,  
der Landrat ist mit diesen Dingen überhaupt nicht befaßt worden,  
es ist ihm auch keine Beschwerde eingereicht worden.

**Abg. Sielmann (Kons.)** erklärte die von Abg. Dr. Friedberg  
über die Wahlbestimmungen durch die Landräte vorgebrachten Be-  
schwerden für unbegründet.

**Abg. Guffing (Fortf. Sp.)** Die Öffentlichkeit der Wahl  
muß in weiterer Weise, als es jetzt der Fall ist, garantiert wer-  
den. Wahlkontrolle ist notwendig. Ihre Tätigkeit würde  
sich in der Hauptsache erlösen, wenn wir endlich einheitliche  
Maßnahmen bekämen. Wir verfahren bei der Auffassung, daß ein  
Teil der Landräte eine einheitliche parteipolitische Tätigkeit zu-  
gunsten der konservativen Partei ausübt.

**Abg. Dr. Friedberg (Voll.)** Der Vorwurf der Wahlbestim-  
mung können die Landräte in zahlreichen Fällen nicht tun sich  
weisen. Abg. Eberhard hat erklärt, wenn er Gutwirt wäre, so  
würde er sein Amt einem Nationalliberalen nicht zur Verfügung  
stellen. Das ist doch eine verlegende Äußerung gegen uns, die wir  
bestehen patriotischen Pflichten erfüllen wie die Parteien der  
Rechten. Wir können es nicht billigen, wenn Abg. Eberhard bei  
derselben Person einen Unterschied macht zwischen dem Landrat  
und dem Staatsbürger. Der Ministerpräsident hat wiederholt  
darauf hingewiesen, daß die politischen Beamten bei den Wahlen  
sich der Parteimenge enthalten sollen. Jeder gilt dieser Grund-  
satz nicht als Richtschnur für die einzelnen Beamten. Ich bitte den  
Ministerpräsidenten, dafür zu sorgen, daß in den einzelnen  
Kreisen ein strafferes und einheitlicheres Regiment herrsche. (Beifall  
bei den Nationalliberalen.)

Damit wurde die allgemeine Besprechung über die Landrats-  
ämter geschlossen.

Die Session um weitere Übernahme der parlamentarischen

reugehilfen in den Staatsdienst wurde zur Beschäftigung über-  
wiesen, soweit die Anstellung als Kreisassistenten in Frage  
kommt; soweit die Stellung als Assistenten der Kreisassistenten  
bei den Kreisassistenten und Kreisassistenten betrifft,  
wurde sie als Material überwiesen.

**Abg. Treibner (Zentr.)** wünschte die Regelung der Ausbildung  
der Kreisassistenten, wobei der Besuch der Verwaltungs-  
hochschule in Köln in Frage kommen würde.

Ein Regierungskommissionar: Vorläufig werden wir so auszu-  
kommen suchen. Später, wenn Erfahrungen vorliegen und sich die  
Notwendigkeit der Beschäftigung befähigter Auszubildenden  
ergibt, dann werden wir die Verwaltungshochschule in Köln ent-  
sprechend berücksichtigen.

**Minister v. Dallwitz:** Ich habe bereits im vorigen Jahre er-  
klärt, daß jeder Beamte, nicht nur politische, sich auch in Wahl-  
sachen der gebotenen Sachkenntnis und Objektivität befähigen muß,  
und daß ich ein agilitärisches Herkommen der Beamten in der  
Öffentlichkeit, gleichgültig, ob in konservativem und liberalen Sinn,  
nicht billigen kann. Selbstverständlich kann keine Beamten ver-  
wehrt werden, seine politische Gesinnung zu betätigen, sofern er  
den Takt und die Zurückhaltung, die ihm die Rücksicht auf sein Amt  
auferlegen, beobachtet.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung“  
forbete

**Abg. Dr. Well (Zentr.)** eine durchgreifende Reform der Kri-  
minalpolizei. Wünschenswert wäre das Zusammenfassen eines  
allgemeinen höheren Polizeibereiches, der sich u. a. auf die Aus-  
bildung der Kriminalpolizei beziehen würde.  
**Minister des Innern v. Dallwitz:** In der Richtung der Anlegung  
des Vorredners sind bereits Schritte getan. Unter anderem wird  
die Frage des zeitweiligen Austausches von Polizeibeamten  
zwischen einzelnen Bundesstaaten erzwungen, um eine möglichst viel-  
seitige Ausbildung der Beamten zu erzielen.

**Abg. Dr. Hehnke (Soz.):** Die Wohnungspolizei ist unzu-  
reichend. Auf das Aushalten in der Großstadt hat die Schwere  
denkliche Arbeit erneut hingewiesen. Aufsehen haben die Ent-  
schuldigungen über die Stempelrollen hervorgerufen, und peinlich be-  
rührt der Fehler, mit dem die Kriminalbeamten befaßt sind,  
nämlich die Mängel aus Errede zu bringen. Sehr unangenehm  
ist das Verhalten der Polizei zum Publikum. Deshalb beantragte  
vor allem Vorkommnisse der letzten Jahre, besonders in Nooort,  
und die Erlassung des Polizeipräsidiums v. Jagow.

**Abg. Dr. Schröder-Rafel (Str.)** wünschte bessere Dienst-  
und Anstellungsverhältnisse für die Berliner Feuerwehren. Ihr  
Ergehen, Beamtenqualität zu erlangen, ist gerechtfertigt.

**Abg. Dr. Runge (Fortf. Sp.):** Durch eine Verfügung wird  
der Zusammenschluß von Interbeamten zum Zweck der Erziehung  
von wirtschaftlichen Vorteilen als mit dem Beamtenrecht unverein-  
bar erachtet. Es ist das gute Recht der Beamten, sich zu ver-  
sammeln und ihre Mängel zum Ausdruck zu bringen. Die Schul-  
teile müssen eine ausreichende Sonntagsschule haben.

**Abg. Dr. Wendland (Nat.)** wünschte bessere Finanzverhält-  
nisse für die Polizeipolizeistellen.

**Abg. Wilmann (Nat.)** sprach die Hoffnung aus, daß die Ge-  
währung von Dienstprämien an Schülern dazu beitragen werde,  
den Mangel an Schülern zu beseitigen.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ dankte  
**Abg. Goebel (Zentr.)** für die Einrichtung der königlichen Polizei  
in Jatzke und beifolgende die Anlegung, im ganzen über-  
sichtlich neuer königliche Polizei einzurichten.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Wendland (Kons.) erwiderte  
Minister v. Dallwitz: Es können Verhandlungen über die  
sichere Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Ge-  
werberechtigung zum Zweck der Bekämpfung des Ammernein-  
nehmens. Von dem Erfolge dieser Verhandlungen wird es ab-  
hängen, ob eine durchgreifende Bekämpfung auf diesem Gebiet zu  
erwarten ist.

**Abg. Dr. Gaisel (Voll.)** forderte strengere Bestimmungen  
zur Bekämpfung des übermäßigen Alkoholkonsums sowie zur Be-  
kämpfung der Prostitution.

**Abg. Hübner (Zentr.)** empfahl reichsweite Regelung der  
Frage des Alkoholverbrauchs und des Waffentragens.  
Minister v. Dallwitz: Die Einstellung von erworbenen Waffen  
kann durch Polizeiverordnung nicht erfolgen. Es schwebt Ver-  
handlungen mit dem Reichstag des Innern, den Verkauf von  
Waffen in der Weise zu regeln, daß dieser Verkauf nur gegen Vor-  
lage eines Waffenscheines erfolgen kann. Die Verhandlungen  
haben im allgemeinen einen zufriedenstellenden Verlauf genommen.  
Es schwebt auch Erwägungen darüber, ob dem Reichstag eine  
entsprechende Vorlage gemacht werden soll.

Im weiteren Verlauf der Debatte wies

**Abg. Gaarmann (Nat.)** auf die Bedeutung der Dresdner  
Polizeibunde zur Herstellung von Verbindungen und der Ermittlung  
der Täter hin.

**Abg. Hoffmann (Soz.)** mahnte zum vorläufigen Gebrauch der  
Polizeibunde, da diese häufig falsche Spuren verfolgen.  
Die Weiterberatung wurde sodann am Mittwoch 11 Uhr  
verlag.

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 30. April 1912.

Am Bundesratsstische Staatssekretär Dr. Solf und Gouver-  
neur v. Heßberg.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 11 Uhr  
15 Minuten.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsfinanzministeriums wurde  
fortgesetzt.

**Abg. Dr. Waldstein (Fortf. Sp.):** Über die Notwendigkeit,  
den Alkoholverbrauch in den Kolonien möglichst einzuschränken,  
dürfte bei uns Unmitteligkeit herrschen. Dies Ziel wird aber nur  
auf internationalen Wege zu erreichen sein. Wir bedauern des-  
halb, daß seitens Frankreichs Schwierigkeiten gemacht sind. Wir  
nehmen an, daß es sich nur um Mißverständnisse handelt, die bald  
durch Verhandlungen mit der französischen Regierung beseitigt  
werden. Bei dem Marktfußkonsum interessiert uns hauptsächlich  
die Frage, wie die Verhältnisse mit den dort bestehenden  
Alkoholverhältnissen geregelt werden können. Eine rigorose Ein-  
schränkung der Abmachungen würde mancher Beschäftigten den Lebens-  
abend abschnitten; das wollen wir nicht. Wir wünschen, daß bei  
der Behandlung dieser Frage loyal vorgegangen wird. Wir er-  
warten eine solche Regelung der Angelegenheit, die das von  
Frankreich erworbene Gebiet wertvoll für Deutschland macht.  
Der Wasserzoll in den Kolonien ist unangenehm ebenso teuer  
wie bei uns der Konsum von Zündhölzern. Deshalb kann man es  
niemals verzeihen, wenn er Bier, das er fast für einen gleichen  
Preis haben kann, dem Wasser vorzieht. Die Kolonialbeamten  
sollten weniger auf schnelle und große Rentabilität setzen, als  
ihren Zweck erfüllen, das Land zu erschließen. Inseer Baum-  
wollkultur ist bei uns schon nicht so erfolgreich, wenn man bedenkt,  
daß die amerikanische Baumwollkultur so erfolgreich war, weil  
erfolgreich war, als die unsrige. Sie ist durchaus lebens- und  
entwicklungsfähig. Schmerzlich empfunden wird in den Kolonien  
der schnelle Beamtenwechsel. Beschäftigt die Kolonialverhält-  
nisse besteht Einigkeit darüber, daß er kommen muß. Aufser

dem müßten Kolonialverhältnisse an den eingetrennten Unter-  
nehmen erfüllt werden. Mit dem Schlagwort „Internationalismus läßt  
sich unsere Kolonialpolitik nicht befähigen. Meint Herr  
Solf, daß kein Bundesamt über die Kolonialpolitik seine  
Befähigung im Interesse der Kolonialpolitik, daß die Kolonial-  
entfaltung mit eventuellen kriegerischen Verwicklungen  
begünstigt hat? In den Kolonien wird darüber ge-  
fragt, daß viel zu viel für die Eingeborenen und zu wenig für  
die Unternehmer geschieht. Bei der Diamantengewinnung wird ge-  
fragt, daß der Gewinn zum allergrößten Teil in die Taschen des  
Fiskus geht, und daß der Betrieb sich kaum verlohne. Eine gute  
Kolonialpolitik ist für eine fortschrittliche Entwicklung eines Volkes  
unbedingt nötig. Würde Herr Solf in Bremen eine Kolonial-  
abstimmung darüber vornehmen, ob die Kolonialpolitik beibe-  
halten werden soll oder nicht, so würde er finden, daß sich die er-  
wähnte Mehrheit seiner Landleute dafür entscheidet. (Beifall  
links.)

**Abg. v. Liebert (Npt.):** Die Bremer Arbeiter werden ein  
Verhältnis dazu haben, daß wir die Kolonien brauchen und sie  
weiter entwickeln müssen. (Sehr richtig!) Ganz anders als der  
Abg. Gente urteilen die hervorragenden Vertreter der  
Sozialdemokratie über die Kolonialpolitik. Die Baumwoll-  
kultur, die gegenwärtig allerdings erst 5000 Ballen produziert,  
hat, wenn die Bodenverhältnisse auch günstig sind, doch mit den  
Kampfebenen und den schwierigen Arbeitsverhältnissen zu  
kämpfen. Der Vorstoß gegen unsere Missionen war völlig un-  
erwartet. Der Islam macht weitgehend sicheres Recht, die  
Kolonien zu verlassen. Die Missionen sind unfruchtbar, aber Land  
und allmählich, die Überzeugungsmissionen überwinden.  
Der Strauchbau wird mehr Interesse zugewendet werden. Wir  
haben dieselben klimatischen Verhältnisse, wie die englische Ko-  
lonie, die jährlich 42 Millionen aus dem Strauchenerzeugnis  
gewinnt. Südamerika sollte durch eine Bahn von der Küste bis  
ins Innere des Landes mehr erschlossen werden. Dem Haubau  
auf Kautschuk muß eingehender entgegengetreten werden. Den  
Regern muß zunächst Religion und Arbeit beigebracht werden,  
damit sie den richtigen Wert der Arbeit erkennen; das ist wich-  
tiger, als Lesen und Schreiben. Eine größere Unterrichts- und  
Kolonialpolitik in Westafrika und Ostafrika ist nötig im  
eigenen Interesse der Kolonien. (Beifall links.)

**Abg. Solf (Soz.):** So human, wie Herr v. Liebert es dar-  
stellt, ist die Behandlung der Schwarzen auf den Plantagen nicht.  
Die Mißbräuchlichkeit spielt immer noch eine bedeutende Rolle.  
Lieber hätte man die Kolonialpolitik nicht so sehr in die Hände  
der Kolonialpolitik überlassen. Der Nationalsozialismus ist  
durch die Kolonialpolitik nicht um einen roten Pfennig ge-  
stiegen. Die Entwicklung der Kolonien wird durch das große Beant-  
worten geschädigt; die Beamten treffen, ist erforderlich, daß die  
richtig ist bei den Soz.) Angenehm ist der geringe Anteil von  
Deutschen in unseren Kolonien ist der Reichsfinanz- und enorm hoch.  
Geradezu unfair wäre es, die Kleinrenten von einem hoch-  
gehenden der gesundheitlichen Verluste und der nicht menschen-  
würdigen wirtschaftlichen Resultate zu fördern. In Kamerun hat  
der englische Handel größere Fortschritte gemacht, als der  
deutsche Handel. Der Alkoholverbrauch in den Kolonien ist nicht  
so harmlos, wie der Abg. Erzberger es hinliefte. Viele Ergebnisse  
sind darauf zurückzuführen. Die Summen, die für die Be-  
kämpfung der Schlafkrankheit aufgewendet werden, sind nicht  
verloren; vielen Menschen wird dadurch das Leben gerettet.  
Die Zahl der Beurlaubungen von Eingeborenen, besonders der  
über die verhängenen Prüchler, ist erschreckend hoch. Die  
Böhm für die farbigen Arbeiter sind geradezu jammervoll. Wenn  
sich auch nicht verkennt läßt, daß die Missionen in den Kolonien  
für die kulturelle Entwicklung viel getan haben, so darf  
das ganze Schicksal befaßt nicht den Missionen ausge-  
liefert werden. Wir wollen, daß in den Kolonien wahre Kultur  
aufsteht wird.

**Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Dr. Solf:** Mit dem  
Beifall in den letzten Stellen unserer Kolonien ist kein Pro-  
gramm- oder Systemwechsel eingetreten. Das bisherige Kolonial-  
programm soll auch weiter beibehalten werden. Ich werde mich  
bemühen, innerhalb dieses Programms die Schutzgebiete zu för-  
dern, wie es in meinen Kräften steht. (Bravo!) Wenn ich die  
Organisation und die Tätigkeit der Kolonialverwaltung im  
Vergleich mit der Organisation der übrigen Reichsämter, so  
findet sich einen erheblichen Unterschied, denn während die übrigen  
Reichsämter jedes für sich ein besonderes umfassendes Reform-  
wesen und alle zusammen eine allgemeine Landesverwaltung, so  
ist das Kolonialamt für sich eine allgemeine Landesverwaltung,  
nur mit dem Unterschiede, daß sie sich auf Länder außerhalb  
Deutschlands bezieht, die mit der Entwicklung Deutschlands  
historisch und geographisch in gar keinem Zusammenhang stehen.  
Deshalb scheint es mir nicht richtig, daß wir uns weiteres die  
Verhältnisse, wie sie hier bestehen, auf die Schutzgebiete über-  
tragen. Wenn die Schutzgebiete so weit wären, daß sie ein  
Parlament hätten, so würden sich die Interessen ganz anders  
gruppierten, als hier. Deshalb behaupte ich, daß an der Waise  
dieses Amtes die heimische Politik als böse Idee entstanden hat, von  
der ich es nun befreien möchte. Die Kolonien sollen kein Zummel-  
spiel für die Bekämpfung von Parteinteressen. Mit dem  
allgemein abgeordneten Standpunkt des Abg. Gente können wir  
im 20. Jahrhundert nicht nicht ankommen. (Sehr richtig!) Da  
nimmt die große Majorität des Reichstags und des heutigen  
Volkes nicht im Übereinstimmung, selbst die Sozialdemokratie nicht.  
Ich gebe seiner Partei 5 Jahre Aufzugsfrist; ich habe das  
Gefühl, daß sie schon jetzt anfangen, postum mitzuarbeiten. (Abg.  
Recherer: Sie haben immer postum mitgearbeitet, ehe Sie da  
waren! Heiterkeit.) Es ist notwendig, die Gewinnung von Roh-  
produkten in den Kolonien zu fördern. Das ist die Ansicht  
sämtlicher Nationen, die Kolonialpolitik treiben. Gegenüber den  
westlichen Ausprägungen der sozialdemokratischen Arbeiter  
weise ich hier auf die Erfahrungen, die Ausland mit der Baum-  
wollkultur gemacht hat, die in den 80er Jahren damit be-  
gannen, das ist jetzt der Zeitpunkt seines eigenen Lebens bedeu-  
tend. Allerdings liegen die Verhältnisse in diesen Jahren  
günstiger, als in unseren trübsamen Kolonien. Ich glaube aber,  
daß wir in dieser Frage hoffnungsvoll in die Zukunft blicken  
können. An der Budgetkommission habe ich auch schon davon ge-



